

# Ärger über Lehrer-Statistik des Landes

## Schulministerium meldet 100 Prozent Lehrerversorgung / Empörung bei Gewerkschaften

VON JÖRN FUNKE

**Hamm / Düsseldorf** – Auf dem Papier ist alles in Ordnung: Eine Stellenversorgung von 101,7 Prozent bescheinigt das Düsseldorfer Schulministerium den 53 öffentlichen Schulen in Hamm. Schulleitungen reagieren ernüchtert auf das Zahlenwerk, Gewerkschaftsvertreter äußern sich empört.

Die Statistik ist die dritte seit 2018, die Aufschlüsse über die Versorgung der einzelnen Schulen mit Lehrpersonal geben soll. Angefragt hat jeweils die SPD-Fraktion im Landtag, geantwortet hat das FDP-geführte Schulministerium. Und das interpretiert die Versorgungslage auf ganz eigene Art und Weise: Angegeben wird grundsätzlich die Zahl der besetzten Stellen an einer Schule. Was allerdings nur heißt, dass die Stelle formal vergeben ist. Wer in Mutterschutz, Elternzeit oder langfristig erkrankt ist, wird mitgezählt, obwohl sie oder er an der Schule fehlt.

1684,6 Stellen standen dem Hammer Schulen dem Ministerium zufolge am Stichtag 1. Januar 2022 zu. Gleichzeitig waren 1704,2 Stellen in Hamm besetzt, etwas mehr als nötig, wie die Zahlen suggerieren. Die Werte für die Stellenversorgung an einzelnen Schulen schwanken dabei zwischen 86,1 Prozent an der Schule im Heithof und 116,6 an der Ludgerischule.

Das bedeutet allerdings nicht, dass die Grundschule im Hammer Norden verschwenderisch mit Personal ausgestattet ist. 16,6 Lehrkräfte gibt es dort, 14,2 hält das Land für angemessen. Am anderen Ende der Skala sind die Zahlen aussagekräftiger: 32,8 Stellen gibt es an der Heithof-Förderschule, aber nur 27,8 sind besetzt. Da fehlen schon auf dem Papier fünf Leute.

Entsprechend ernüchtert zeigt sich Christina Kühler, die Vorsitzende des Personalrates für die Grundschulen. „Die Zahlen des Landes spiegeln den aktuellen Stand nicht wider“, sagte die Schulleiterin. Die Hammer Schulverwaltung arbeite längst mit eigenen Statistiken statt mit den Zahlen aus Düsseldorf. An den Schulen gelte: „Wir kämpfen uns durch, so gut es geht.“

Ein besonderer Schwachpunkt der Stellversorgung ist der Inklusionsbereich. Die Stellenanteile für „Gemeinsames Lernen“ sind gering und werden bei den meisten Schulen nicht ausgefüllt. Bei den Grundschulen reicht die Spanne von 0,2 bis 2,1 Stellen.

Stellen für Sonderpädagogen seien an Grundschulen praktisch nicht zu besetzen, sagte Kühler: „Es bewirbt sich niemand.“ Bei originär ausgebildeten Sonderpädagogen sei Hamm tatsächlich nicht gut ausgestattet, sagt Martina Klöcker, Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE). Auch Marcel Teiner, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), spricht von „absoluter Mangelware“. Beide halten die Zahlen des Landes für realitätsfern.

Klöcker sieht in der gleichen Bezahlung von Primar- und Sekundarstufenkräften den Schlüssel, die Personalprobleme an den Schulen zu mildern. Nur so werde es Anreize für Lehrer und Lehramtsanwärter geben, an die Grundschulen zu gehen.

Teiner kritisiert insbesondere die Vorgriffsstellen an Gymnasien. Dabei verspricht das Land angehenden Gymnasiallehrern dort eine feste Stelle, wenn sie für begrenzte Zeit in anderen Schulformen aushelfen. So werde den unterversorgten Schulen immer wieder Personal fehlen.